

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland
zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Wir Christdemokraten streben ein sicheres, fortschrittliches und zukunftsfestes Ostfriesland an, in dem die Menschen Zusammenhalt und Perspektiven, Glück und Heimat finden. Wir wissen, dass nichts davon uns geschenkt wird, sondern wir uns all dies immer wieder gemeinsam neu erarbeiten müssen. Uns ist bewusst, dass die Herausforderungen des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhundert auch für unsere Region neu und vielfältig sind und dass sie neuer Lösungen bedürfen.

Mit diesem Perspektivprogramm positioniert sich die CDU Ostfriesland zur Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022 mit einer Agenda für mehr Sicherheit, mehr Zusammenhalt und mehr Innovation. Wir wissen, dass unsere Heimat und die Menschen hier ihr Potential mit den richtigen Rahmenbedingungen noch besser entfalten können.

Mit uns springt Ostfriesland weiter.

Dieses Wahlprogramm hat weder den Anspruch noch das Ziel, ein vollständiges Landtagswahlprogramm der Partei abzubilden. Dieses wird die CDU in Niedersachsen im Vorfeld der Landtagswahl diskutieren und beschließen. Dieses Programm stellt die besonderen Herausforderungen für unser Ostfriesland in den Mittelpunkt.

“Köpfchen in Ostfriesland.“

Für mehr Qualität in der Kinderbetreuung: dualisierte Ausbildung ausbauen. Tagespflege stärken.

Der Bedarf an Betreuungs- und Erziehungskräften in Kitas in Ostfriesland ist schon heute enorm. Vor dem Hintergrund des im Jahr 2026 beginnenden Rechtsanspruchs für Grundschulkindern auf Ganztagsbetreuung fehlt ein signifikanter Anteil an Erzieherinnen und Erziehern sowie Betreuungskräften. Daher werden wir die dualisierte Ausbildung in Ostfriesland konsequent auf- und ausbauen und zugleich die schulischen Kapazitäten erweitern. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir mehr Stellen für die dualisierte Ausbildung schaffen.

Auch in der Tagespflege wird wertvolle Erziehungsarbeit und Betreuung geleistet. Wir fordern, die Möglichkeiten zur Tagespflege auszuweiten und insbesondere auch die Einrichtung von Großtagespflegen zu erleichtern.

Auf dem Weg zu digitaler Schule und Bildung.

Wir werden der schulischen Bildung in Ostfriesland einen „Booster“ geben: Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für die Zukunftschancen jeder und jedes Einzelnen. Bildung garantiert Teilhabe – gesellschaftlich wie ökonomisch. Das gilt umso mehr in Zeiten des digitalen Wandels. Deshalb muss auch Bildung in Methodik und Pädagogik mit der Zeit gehen: Wir benötigen die digitale Schule, die unseren Kindern die wesentlichen Kompetenzen vermittelt und zugleich ihre persönliche Entwicklung fördert.

Ab dem Schuljahr 2023/2024 wird das Schulfach Informatik zum Pflichtfach. Ein richtiger Schritt zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen unserer Schülerinnen und Schüler als Rüstwerk für die Zukunft. Die bisherigen Bemühungen, ausreichend qualifiziertes Personal für diese Aufgabe zu finden, reichen insbesondere für den ländlich geprägten, ostfriesischen Raum, nicht aus.

Um Informatiklehrerinnen und -Lehrer für den ländlichen Raum zu gewinnen, sind zusätzliche Lehrerstellen und Lehrerfortbildungen sowie attraktive Rahmenbedingungen für das pädagogische Personal erforderlich. Ohne sie wird der zukunftsorientierte Informatikunterricht nicht gelingen. Wir unterstützen die Idee, eine Agentur für digitale Kompetenz ins Leben zu rufen, an welcher Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher in Hinblick auf den Einsatz digitaler Lehrmittel geschult werden. Wir unterstützen die Idee, eine Agentur für digitale Kompetenz ins Leben zu rufen, an welcher Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher in Hinblick auf den Einsatz digitaler Lehrmittel geschult werden.

Die Schulen benötigen klare, seitens des Landes definierte Standards für die Digitalisierung. Das Erfordernis eines Medienkonzeptes für die Beantragung von Fördermitteln aus dem Digitalpakt Schule hat sich hingegen als Hemmschuh erwiesen und muss abgeschafft werden.

Mit der Einführung eines „Digital-Trucks“ nach hessischem Vorbild wird digitale Bildung an Grundschulen, direkt vor Ort praktisch und erlebnisreich erfahrbar machen und bringt die digitale Bildung gezielter in die ländlichen

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland
zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Räume. Dort werden Workshops mit Schulklassen, Fortbildungen für Lehrkräfte, Elterninformation und digitale Bildungsevents gebündelt angeboten und erlebbar gemacht. Ostfriesland steht als Modellregion hierfür gerne zur Verfügung.

Damit Kinder das Programmieren und Verstehen von Algorithmen besser erlernen, ist unser Ziel – vergleichbar mit den Musikschulen – die modellhafte Einrichtung kommunaler Digitalschulen in Ostfriesland, um Kindern ein Förderangebot für den Umgang mit digitaler Technik machen zu können.

Förderschule Lernen erhalten und am Gelingen schulischer Inklusion arbeiten.

Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ unterstützen und fördern Kinder, die den normalen Lern- und Schulalltag nicht problemlos und angstfrei bewältigen können. Insbesondere die geringe Anzahl von Schülerinnen und Schülern im Klassenverbund sowie die persönlichen Förderungsangebote durch Sonderpädagoginnen und -pädagogen ermöglichen es, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder einzugehen und diese gezielt zu fördern. Wir wollen auch zukünftig unseren Kindern die bestmöglichen Förderungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bieten. Die Förderschule mit Schwerpunkt „Lernen“ stellt dabei eine wesentliche Säule unserer Schullandschaft dar. Sie bietet Schülerinnen und Schülern mit einem sonderpädagogischen Lern-Förderbedarf, einen alternativen Lernort um dauernde Überforderung zu vermeiden und besondere Förderung zu ermöglichen.

Die Eltern von Schülerinnen und Schülern der vierten Grundschulklassen müssen daher auch nach 2022 die Möglichkeit haben, die Förderschule mit Schwerpunkt „Lernen“ für Ihre Kinder anzuwählen. Die Förderschulen sollen auch über das Jahr 2028 hinaus erhalten bleiben, damit sie ihre wichtige Arbeit für die Kinder weiter fortsetzen können. Nach momentaner Gesetzeslage laufen die noch vorhandenen Standorte der Förderschulen „Lernen“ spätestens 2028 aus. Ohne eine starke CDU-geführte Landesregierung werden diese Förderschulstandorte flächendeckend geschlossen. Das wollen wir verhindern.

Anreize für Dorflehrer setzen.

Mit einem Dorflehrerprogramm müssen Anreize für Lehrkräfte und Schulleitungen gesetzt werden, Stellen in der Fläche Ostfrieslands anzunehmen. Lehrkräfte an Schulen mit einer signifikant niedrigen Unterrichtsversorgung sollten eine Zulage erhalten, und Schulleitungen an kleinen Schulen müssen wegen der besonderen Herausforderungen kleiner Schulen in der Fläche eine Besoldungsstufe gewinnen (Flächenprämie). Den Schulträgern muss es darüber hinaus ermöglicht werden, weitere eigene Anreize für Lehrkräfte und Schulleitungen in Dorfschulen zu setzen.

Jedes Kind soll schwimmen lernen.

Ostfriesland ist eine Region des Meeres, der Seen und Kanäle. Die Fähigkeit, schwimmen zu können, hat hier daher eine besondere Bedeutung. Die Schwimmfähigkeit der Schulkinder lässt allerdings seit Jahren nach. Durchschnittlich besitzen nur ca. 40 Prozent der sechs- bis zehnjährigen Kinder ein Schwimmabzeichen. Sowohl fehlende Kapazitäten an Lehrschwimmbekken als auch fehlende qualifizierte Schwimmlehrer sind dafür wesentliche Gründe. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation weiter verschlechtert. Unser Ziel ist, dass jedes Kind an den Grundschulen Ostfrieslands schwimmen lernt.

Für ein Aufholprogramm mit zusätzlichen Schwimmkursen hat die CDU-Landtagsfraktion im Doppelhaushalt 2022/23 des Landes bereits zusätzliche eine Million Euro durchgesetzt. Dieses Programm zur Qualifizierung von Schwimmlehrkräften und zum Einsatz externer Lehrkräfte, die mindestens über das Rettungsschwimmabzeichen Bronze und die besondere Rettungsfähigkeit verfügen (Mindestvoraussetzung für den Schwimmunterricht), muss verstetigt und an den ostfriesischen Schulen konsequent genutzt werden. Wir appellieren an die Schulträger und die Schulleitungen, hierfür an jedem Schulstandort einen „Handlungsplan Schwimmunterricht“ zu entwickeln und umzusetzen.

Dem Defizit an nutzbaren Lehrschwimmbekken in weiten Teilen Ostfrieslands muss durch ein gesondertes Sportstättenförderprogramm des Landes zum Bau und zur Sanierung von Schwimmbekken an Schulen begegnet werden. Die Schulträger bitten wir darüber hinaus, alle vorhandenen Kapazitäten in Kooperation zu nutzen und hierfür entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Dort, wo es notwendig ist, müssen die Schulen vom Land ein zusätzliches Budget für den Einsatz von Schwimmbussen erhalten.

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Berufliche Qualifizierung neu denken.

Wir stehen am Beginn eines tiefgreifenden Wandels der Art und Weise, wie wir arbeiten. Die CDU Ostfriesland begreift diesen Transformationsprozess als einzigartige Gelegenheit: Unser Ziel ist eine Chancengesellschaft, die allen Menschen in unserem Land die Möglichkeit eröffnet, sich weiterzubilden und neue, ihnen bisher nicht zugängliche Kompetenzen zu erwerben. Dazu braucht es Lösungen, die Freiräume eröffnen und die Anreize setzen, um Neues zu wagen. Hierfür sind auch in systemischer Hinsicht neue Wege nötig – entlang der gesamten Bildungskette und unter Einbindung aller relevanten Akteure.

Unsere Berufsschulen und die Hochschulen Emden-Leer sollen so für Berufsqualifizierte geöffnet werden, dass sie durch den Ausbau von berufsbegleitenden Angeboten und Fern- und Aufbau-Studiengängen sowie Veranstaltungsreihen höhere Qualifikationen erlangen können, ohne Nachteile im Beruf oder in der Vereinbarkeit von Beruf, Bildung und Familie befürchten zu müssen. Dazu müssen das Niedersächsische Schulgesetz und das Hochschulgesetz angepasst werden, damit die Hochschule Einkommen aus der Erwachsenenbildung erzielen kann und private Schulen sowie die Fort- und Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft im Bereich der Erwachsenenbildung gestärkt werden. Wir benötigen gerade in Ostfriesland ein breites Netz aus Unternehmen, privaten Anbietern, Volkshochschulen, Hochschulen und Berufsschulen. Sie gemeinsam bilden den vierten Bildungssektor, der die Weiterqualifizierung von Erwachsenen übernimmt.

Die ausbildungsintegrierten Studiengänge unserer Hochschule Emden-Leer (ehemals Berufsakademie Ost-Friesland) für das duale Studium wollen wir ergänzen. Wir fordern, neue Qualifizierungsstudiengänge zuzulassen, die gezielt die Weiterqualifizierung von Erwachsenen adressieren, kürzer als die grundständigen Studiengänge sind, auch online absolviert werden können und staatlich anerkannt sind. Wir werden zudem darauf hinwirken, kürzere staatliche Weiterbildungen zu etablieren, die sich ähnlich dem Dualen Ausbildungssystem absolvieren lassen.

Ostfriesland soll sich auf seine Stärken konzentrieren. Dabei fallen unsere regionalen Schlüsselbranchen und -technologien besonders ins Gewicht. Zu ihnen zählen der Mobilitäts- und der Energiesektor inkl. moderner Smart-Home-Technologie, Ernährung und Landwirtschaft, Tourismus, Handwerk, sowie der Life-Science-Sektor. Ausbildung, Studiengänge, Fortbildungen jeder Art, vor allem aber auch Innovations- und Startup-Förderung sollen sich vor allem auf diese Stärken konzentrieren.

Für mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem wollen wir ein ostfriesisches Bildungs- und Transferzentrum etablieren. Dort sollen berufliche und akademische Aus- und Weiterbildung, Erwachsenenbildung und aus der Hochschule Emden-Leer initiierte Transferprozesse zusammengeführt werden. Auch die regionalen Wirtschaftsförderer, die Agentur für Arbeit, Berufsbildungszentren, regionale Startup- und Gründungsstrukturen sollen dort angebunden werden.

Für ein sicheres Ostfriesland.

Mit Präventions-Netzwerken die Sicherheit erhöhen.

Unser Ziel ist es, für die Zusammenarbeit der Polizei, der Justizbehörden, der Verwaltungen der Gebietskörperschaften und Kommunen sowie weiterer gesellschaftlicher Kräfte, wie beispielsweise der Schulen, der Suchtberatungen, dem Weißen Ring, Jugendzentren, Seniorenbeiräte, Medien und weiterer Institutionen, in allen Teilen Ostfrieslands gemeinsame Präventions-Netzwerke zu schaffen, um ihre Kooperation zu strukturieren und zu intensivieren. Die Erfahrung zeigt, dass durch diese Institutionen-übergreifende Zusammenarbeit die Kriminalitätsprävention aktiv verbessert und so Kriminalität verhindert werden kann. Der Aufbau flächendeckender Präventions-Netzwerke wird so ein wertvoller Beitrag für mehr Sicherheit sein. Denn durch verstetigte Zusammenarbeit wächst untereinander das Vertrauen, dies trägt auch dazu bei, gesamtgesellschaftlich ein Auge auf sich verändernde Strukturen und Kriminalitätsschwerpunkte zu werfen und frühzeitig Gefahren zu erkennen.

Clan-Kriminalität auch vor Ort bekämpfen

Die Banden- und Clankriminalität bedroht zunehmend unseren Rechtsstaat. Mit einem hohen Abschottungsgrad und Aggressionspotenzial handeln die Kriminellen mit Drogen, Waffen, Menschen und Kinderpornografie. Diese

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland
zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



abscheulichen kriminellen Machenschaften stellen eine große Herausforderung für unser Justizsystem und den Rechtsstaat dar.

Wir werden eine konsequente sowie zwischen Polizei und Justiz koordinierte Null-Toleranz-Politik gegenüber Clans etablieren. Dafür sind beispielsweise regelmäßige koordinierte Kontrollen durch Staatsanwaltschaft, Steuerfahndung, Polizei und Gewerbeaufsichtsämtern notwendig. Die entsprechenden Ermittlungen müssen in Sonderstaatsanwaltschaften und Ermittlungsgruppen konzentriert werden. Ordnungswidrigkeiten werden konsequent geahndet – mit einer“ Politik der tausend Nadelstiche“. Angesichts der Dimension der Bedrohung durch Clankriminalität fordern wir, in Ostfriesland eine Sicherheitspartnerschaft nach dem Vorbild des “Räderwerk” im Heidekreis zu etablieren, in dem Sozial- und Ausländerbehörden, Polizei, Staatsanwaltschaft und Kommunen unter Führung der Staatsanwaltschaften gegen die örtliche Clankriminalität vorgehen.

Für diese Zusammenarbeit muss jedoch ein guter und funktionierender Datenaustausch gewährleistet sein, sodass frühzeitig etwaige kriminelle Strukturen seitens der Strafverfolgungsbehörden erkannt, aufgedeckt und verfolgt werden können. Im Übrigen ist dieser Datenaustausch innerhalb der Behörden nicht nur notwendig um kriminelle Strukturen bereits im Keim zu ersticken, vielmehr bietet dieser auch die Möglichkeiten, etwaige Radikalisierungen in allen extremistischen Erscheinungsformen frühzeitig zu erkennen und diesen wirksam zu begegnen.

Als ein sehr wirkungsvolles Instrument bei der Bekämpfung der Clankriminalität hat sich die Gewinnabschöpfung in Verbindung mit der Umkehrung der Beweislast etabliert. Es liegt nicht mehr in der Pflicht als staatliche Institution nachzuweisen, dass beispielsweise das Vermögen, das Haus, das Auto oder der Schmuck durch kriminell beschafftes Geld erworben wurde, vielmehr liegt nun die Beweislast bei den jeweils Beschuldigten. Dieses Prinzip wollen wir in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität generell konsequent etablieren.

Wir setzen uns für den Erhalt des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) Ostfriesland ein. Die geplante Auflösung halten wir für einen Fehler. Das andere Standorte oder andere Polizeieinheiten die Aufgaben des MEK ohne Qualitätsverlust übernehmen, ist sowohl mit Blick auf die Entfernungen als auch hinsichtlich der personellen Möglichkeiten nicht realistisch.

Für eine umfassende leistungsfähige Gesundheitsversorgung in Ostfriesland.

Alle Menschen in Ostfriesland sollen Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung haben – unabhängig von Einkommen, Alter oder gesundheitlichem Zustand.

Mit Gesundheitszentren, Landärzten und Assistenzkräften die medizinische Versorgung sichern.

Vor Ostfriesland liegt eine der größten gesundheitspolitischen Herausforderungen in der weiteren Entwicklung und Stärkung einer dezentralen Gesundheitsversorgung. Wir schlagen daher vor, in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein Förderprogramm für Gesundheitszentren in Ostfriesland zu entwickeln.

Die vorhandene Ungleichbehandlung einzelner Regionen in der Bedarfsermittlung von Ärzten ist durch einen gerechten Zuschnitt der Versorgungsbereiche zu beseitigen.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der European Medical School in Oldenburg ein, um die Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern in der Region weiter zu stärken und mehr junge Menschen für den Beruf der Hausärztin bzw. des Hausarztes zu gewinnen.

Wir fordern die kassenärztlichen Vereinigungen auf, einen Landarzt-Zuschlag einzuführen, wie ihn der Sachverständigenrat Gesundheit schon 2014 vorgeschlagen hat. Dabei handelt es sich um einen Vergütungszuschlag für unterversorgte Gebiete und einen Vergütungsabschlag für übertersorgte Gebiete.

Wir werden das System der örtlichen ärztlichen Assistenzkräfte wie Versorgungsassistentinnen und –assistenten in den Hausarztpraxen (VERAH) unterstützen und dieses in Zusammenarbeit mit den Ärzten weiter auszubauen. Im Zusammenspiel mit telemedizinischen Angebote kann dieses System einen wichtigen Beitrag für eine flächendeckende medizinische Versorgung in Ostfriesland leisten.

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland
zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Mit Blick auf den demographischen Wandel und den wachsenden Fachkräftemangel muss dabei ein Fokus auf der Integration digitaler Technologien liegen. Nur so wird es gelingen, das Gesundheitssystem leistungsfähig zu gestalten. Daher fordern wir ein Sonderprogramm, mit dem die Digitalisierung der Arztpraxen analog zum Förderprogramm für Kliniken unterstützt wird.

Wir fordern die Einführung einer temporären saisonbezogenen Sonderzulassung von Hausärzten für die ostfriesischen Inseln, um den erheblichen saisonbedingten hausärztlichen Bedarf der Touristen besser zu bewältigen.

Recht auf wohnortnahe Geburtshilfe verankern.

Wir setzen uns für eine wohnortnahe, an den Bedürfnissen der Frauen und Familien orientierte, Geburtshilfe ein, wollen daher weitere Schließungen geburtshilflicher Abteilungen in Ostfriesland verhindern und die Angebote wieder ausbauen. Die sichere Versorgung rund um die Geburt von Kindern ist für uns von elementarer Bedeutung. Frauen und Familien brauchen eine flächendeckende Versorgung rund um die Geburt. Dieses Recht muss gleichermaßen verankert werden, wie die wohnortnahe Versorgung mit Chirurgie und Innerer Medizin.

Da viele werdende Mütter und Väter um einen Platz bei der Nachsorgehebamme kämpfen, schlägt die CDU zudem eine Landesinitiative zum flächendeckenden Aufbau von Hebammenzentralen vor. Für Mobile Hebammen prüfen wir einen pauschalen Zuschlag zu ihrer Entlohnung, um zusätzliche Anreize für die Tätigkeit zu setzen.

Das Krankenhaus-Investitionsprogramm muss gestärkt werden.

Die Krankenhaus-Landschaft in Ostfriesland ist im Umbruch. Sowohl die geplante Fusion der bisherigen Krankenhäuser in Aurich, Emden und Norden am Standort Georgsheil als auch die erheblichen Investitionsplanungen an den Krankenhausstandorten Leer/Weener und Wittmund machen deutlich, dass unsere Region sich bereits heute den Zielen des geplanten neuen Niedersächsischen Krankenhausgesetzes stellt. Damit schaffen wir auch die Möglichkeit, medizinische Maximalversorger in Ostfriesland zu etablieren. Die Investitionspläne können jedoch nur mit erheblicher Unterstützung aus dem Krankenhaus-Investitionsprogramm des Landes umgesetzt werden. Dies muss aus unserer Sicht deutlich und verlässlich – auch mit der anteiligen Finanzierung der Kommunen – erhöht werden.

Für eine dauerhaft florierende Modellregion Innovatives Ostfriesland.

Es ist schon viel gelungen. Ostfriesland hat sich in den letzten 30 Jahren vom Armenhaus Deutschlands mit einer Arbeitslosenquote von gut 20 Prozent, zu einer zukunftsgerichteten Region entwickelt. Dazu haben der Auf- und Ausbau der Industriestrukturen in Emden, Aurich und Papenburg, das Erstarken des Reedereistandorts Leer zum zweitgrößten Deutschlands, der Ausbau der Windenergie sowohl offshore als auch onshore in der gesamten Küstenregion, der Ausbau der Behördenstrukturen in Aurich, der Auf- und Ausbau der mittelständischen Handwerks- und Industrieunternehmen sowie des Dienstleistungsgewerbes in allen ostfriesischen Landkreisen und der Stadt Emden beigetragen. Investitionen in die touristische Infrastruktur und die Bündelung des Marketings in einer gemeinsamen Organisation sowie erhebliche Investitionen in die landwirtschaftlichen Betriebe und Konzentrationsprozessen in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Branchen haben ihren Anteil daran. In Ostfriesland liegt viel Potential. Durch den Ausbau der hochschulischen und auch der beruflichen Bildungsangebote in den vergangenen Jahrzehnten sichtbar wurde die Entwicklung unserer Heimat zu einer heute prosperierenden Zukunfts-Region begleitet und unterstützt.

Ostfriesland steht nun vor großen Herausforderungen: Beginnend mit der Schließung der Thyssen-Nordseewerke, der jetzt folgenden strukturellen Veränderung der Produktion von VW in Emden, der mit der Weltfinanzkrise einsetzenden Krisen in der Reedereiwirtschaft sowie bei Enercon, den Folgen der Corona-Krise für die Meyer Werft, die Tourismuswirtschaft sowie den Einzelhandel, die Gastronomie und das Veranstaltungsgewerbe sowie dem erheblichen und sich beschleunigenden Strukturwandel in der Landwirtschaft droht die bislang positive Entwicklung der vergangenen Jahre dauerhaft ins Negative umzukehren. Die Region hat zudem weiterhin Defizite im Aufbau der digitalen Infrastruktur und auch Bedarfe im Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Andererseits gibt es in Ostfriesland inzwischen sowohl ökonomische als auch institutionelle und strukturelle Stärken, die Basis für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung der Region sein können. Diese gilt es zu unterstützen und zu fördern. Genauso wie eine Haltung des „Gelingenwollens“. Die handelnden Akteure müssen zielgerichtet ihre Kräfte bündeln und auch die Menschen mitnehmen auf die Reise in den Arbeitsmarkt der Zukunft.

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland
zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Ostfriesland zu einer der innovativsten Regionen Deutschlands entwickeln.

Mit dem Ostfrieslandplan hat der Niedersächsische Wirtschaftsminister auf unsere Initiative hin und in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsminister und der Landwirtschaftsministerin zwischenzeitlich die Modellregion Innovatives Ostfriesland etabliert. So sollen die vorhandenen Potentiale Ostfrieslands fokussiert, mobilisiert und ausgebaut sowie weitere Perspektiven und kooperative Handlungsmodelle entwickelt werden. Dahinter steht eine Innovationsstrategie mit den Schwerpunkten Mobilität, Logistik, Energie, Digitalisierung, Tourismus und Agrarwirtschaft, mit der die ökonomisch relevanten Akteure vor Ort und ihre Handlungsstränge aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Die „Stabstelle Modellregion innovatives Ostfriesland“ der Hochschule Emden-Leer, die „Projektfabrik“ der Ems-Achse, die „Allianz für Ostfriesland“ als Arbeitsgemeinschaft der Gebietskörperschaften sowie das Projektbüro „Innovative Landwirtschaft Ostfriesland“ (ILO) des Grünlandzentrums Niedersachsen/Bremen beim Landwirtschaftlichen Hauptverein haben Ihre Arbeit aufgenommen.

Erste Erfolge sind erkennbar. Die Projektfabrik hat bereits zahlreiche Projektideen in der Region unterstützt und ihr Gelingen befördert, um neue Erfolgsgeschichten in der Region zu schreiben. Die Hochschule Emden-Leer wurde im „Forschungsverbund 4N: Nordwest Niedersachsen Nachhaltig Neu“, gemeinsam mit der Universität Vechta, der Jade Hochschule sowie Forschern der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und der Georg-August-Universität Göttingen vom Wissenschaftsminister beauftragt, aktuelle Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Strukturwandel im ländlichen Nordwesten Niedersachsens zu bearbeiten und infolgedessen gesellschaftliche, technische und ökologische Veränderungen anzustoßen. Diese Struktur für Innovation und Zusammenarbeit wollen wir nutzen, um Ostfriesland zu einer der innovationsfreundlichsten Regionen Deutschlands zu entwickeln. Insbesondere die leistungsfähigen und innovationsfreudigen mittelständischen Unternehmen der Region wollen wir vernetzen und unterstützen. Wir wollen neue Technologien ansiedeln und etablieren, um neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze in Ostfriesland schaffen zu können. Dafür müssen die jetzt aufgebauten Strukturen der Modellregion Innovatives Ostfriesland längerfristig etabliert werden.

Hochschule Emden-Leer zum Gründer-Motor machen.

Die Hochschule Emden-Leer ist klein, aber leistungsstark. Um das Innovationssystem, die Gründerkultur und damit auch die wirtschaftliche Dynamik in Ostfriesland zu stärken, sollte sie noch deutlicher auf die Gründung von Startups ausgerichtet werden. Denn wir wollen Ostfriesland zu einer führenden Gründerregion entwickeln. Für das Ziel eines starken Gründer-Ökosystems und von Innovationsräumen rund um die Hochschule braucht es die passenden Strukturen und Anreize für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, damit diese Gründungen gezielter fördern. Wir schlagen hierfür vor, das Niedersächsische Hochschulgesetz so anzupassen, dass die Hochschulen die Möglichkeit bekommen, sich unmittelbar mit eigenen Gesellschaften an Startups zu beteiligen. Aus Beteiligungen und Lizenzierungen an solchen Gründungen sollen Hochschulen auch Gewinne erzielen dürfen.

Im Rahmen der Modellregion Innovatives Ostfriesland hat die Hochschule Emden-Leer mit ihrer Stabstelle auch die Aufgabe übernommen, den Transfer von Ideen und Forschungsergebnissen in die Anwendung zu verbessern. Sie sollen gezielt die Schnittstellen in den Blick nehmen und den Wissenstransfer befördern. Als Innovationsbeschleuniger muss sie auf Schlüsseltechnologien ausgerichtet werden und die digitale Transformation primär als Querschnittsaufgabe betrachten. Grundlagenforschung, anwendungsnahe Technologieentwicklung und Wirtschaft müssen dabei entlang der ganzen Innovationskette zusammenarbeiten. So entsteht ein günstiges Umfeld für Ausgründungen und Startups.

Um die notwendige institutionen- und standortübergreifende Vernetzung sowie die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auch personenbezogen zu stärken, fordern wir, hierfür zusätzliche Stiftungs- und Brückenprofessuren an der Hochschule Emden-Leer einzurichten.

Für Startups und junge Unternehmen braucht es neben Risikokapital auch Wachstumskapital, das reifere Startups auf die nächste Ebene bringen kann. Hierfür schlagen wir vom Land und privaten Kapitalgebern gemeinsam finanzierte regionale Risikokapital-Fonds vor. Wir fordern, die Innovations- und Gründungsförderung der Hochschule in die Lage zu versetzen, auch hochkompetitive Unterstützung anzubieten, damit Unternehmen einen hohen Technologie-Reifegrad erreichen können.

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Zukunftsorientierte Energieversorgung

Den Anstieg der Energiepreise spüren in diesem Winter Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher auch in Ostfriesland. Wir brauchen eine bezahlbare Energieversorgung: Hohe Treibstoffpreise sind für alle, die mangels Alternativen auf das Auto angewiesen sind und weite Strecken zurücklegen müssen, eine Belastung, die sie nicht umgehen können. Daher setzen wir uns konsequent für die Entlastung der Energiepreise von Steuern und Abgaben ein. Neben der vorgezogenen Abschaffung der EEG-Umlage fordern wir, die Mehrwertsteuer auf Erdgas, Erdwärme, Benzin und Diesel zu senken und die Entfernungspauschale auf 38 Cent pro Kilometer zu erhöhen sowie die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu senken und das Wohngeld und das BAföG dauerhaft an die Heizkostensteigerungen anzupassen.

Sonderwirtschaftszone Wasserstoff und Offshore-Windenergie

Wir wollen die Potentiale heben, die Ostfriesland insbesondere bei den erneuerbaren Energien mit seiner langen Küstenlinie hat: Ostfriesland soll nicht nur Transitland sein, sondern Energieland werden, über das gesamte Spektrum hinweg. Der Aufbau einer Wasserstoff-Industrie sowie von Branchen, die auf der Basis von Wasserstoff oder durch den Einsatz der Offshore-Windenergie die Klimaneutralität erreichen wollen, erfordert deutlich abgesenkte Energiepreise. Um diesen Prozess zu beschleunigen schlagen wir vor, für den gesamten Küstenraum zu einer „Sonderwirtschaftszone Wasserstoff und Windenergie“ einzurichten, innerhalb dessen diese Energieformen für 20 Jahre von allen Steuern und Abgaben befreit werden.

Flüssigerdgas-Transport nach Ost-Friesland prüfen und vorantreiben.

Flüssigerdgas bietet den Vorteil, dass es auch auf dem Seeweg wie über Schiene und Straße transportiert werden kann. Wir werden für die Häfen auf der ost-friesischen Halbinsel prüfen, wo und wie Terminals für Flüssiggas gebaut werden können, die auch als Wasserstoff-Terminals genutzt werden können – als Beitrag zur Diversifizierung und damit Sicherung der Energieversorgung in Norddeutschland.

Cluster für Speichertechnologien aufsetzen.

Neue Technologien, wie Power-to-Gas, ermöglichen die Speicherung überschüssiger Energie. Diese Technologien und Kompetenzen müssen wir hier bei uns in Ostfriesland und gemeinsam mit unseren Nachbarregionen im Norden und an der Küste entwickeln. Dazu werden wir ein starkes Forschungscluster aufsetzen, auch mit Unternehmenspartnerschaften.

Die Wasserstoff-Projekte „Coast-Line“ und H2CAST haben für Ostfriesland das Potential, Ausgangspunkt für eine überregionale Wasserstoffwirtschaft zu werden und mittelfristig auch zukünftig Wasserstoff-orientierte Industrien in der Region zu verankern. Um sie zu realisieren, müssen Bund und Land die Investition erheblich fördern, um die noch vorhandene Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen. Wir fordern vom Bund, seine Anteilige Förderung auf 90 Prozent dieser Lücke zu erhöhen. Zugleich werden wir gezielt Folgeprojekte identifizieren und fördern, die eine Wasserstoffwirtschaft in der Region etablieren.

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Ostfriesland.

Das Projekt Innovative Landwirtschaft Ostfriesland (ILO) unterstützen.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe und die Menschen, die sie bewirtschaften, bleiben das ökonomische und gesellschaftliche Rückgrat für Ostfriesland. Damit dies dauerhaft so bleibt, müssen der gesellschaftliche Wunsch nach einer verlässlichen Versorgung mit hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln und zugleich nach mehr Tierschutz, Biodiversität sowie Klima- und Gewässerschutz, mit dem Einkaufsverhalten und der Zahlungsbereitschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft in Einklang gebracht werden. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe müssen resilienter gegenüber den Veränderungen des Marktes, gesellschaftlicher und gesetzlicher Normen werden, um im Strukturwandel bestehen zu können. Dafür ist es erforderlich, die Wertschöpfung unserer Betriebe zu erhöhen. Wir unterstützen das Projekt „Innovative Landwirtschaft Ostfriesland“ (ILO) des Grünlandzentrums Niedersachsen/ Bremen und des Landwirtschaftlichen Hauptvereins Ostfriesland. Und wir wollen die Ergebnisse dieses Projektes im Sinne unserer Landwirtschaft realisieren.

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland
zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Den „Niedersächsischen Weg“ weitergehen, den Gesellschaftsvertrag mit Leben füllen.

Mit dem „Niedersächsischen Weg“ wurde ein bundesweit einzigartiger Weg eingeschlagen, an dem auch ostfriesische Akteure tatkräftig mitgewirkt haben. Zum ersten Mal haben sich Land- und Forstwirtschaft auf der einen Seite und die Umweltverbände auf der anderen Seite auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt. Dieses gemeinsame Vorgehen in Ostfriesland mit Leben zu füllen, und den Niedersächsischen Weg weiterzugehen und auszubauen, ist uns Verpflichtung. Denn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Landwirtschaft finden in einer oft emotional, teils sogar ideologisch geführten gesellschaftlichen Debatte zu wenig Beachtung. Es mangelt an Wertschätzung für die Leistungen der Landwirtschaftsfamilien, ebenso wie für Natur und Umwelt insgesamt. Die Natur und ihr Ertrag sind Existenzgrundlage unserer ostfriesischen Landwirte. Der Erhalt und der Schutz ist auch ihr höchstes Interesse.

Mit Hilfe eines „Gesellschaftsvertrages für die Landwirtschaft“ soll es gelingen, die Anforderungen der Gesellschaft unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse an die Landwirtschaft zu erfüllen. Zugleich soll dies den Landwirtinnen und Landwirten Planungssicherheit und eine gute Zukunft zu ermöglichen – im Interesse aller, auch der Verbraucherinnen und Verbraucher. Landwirtinnen und Landwirten muss es möglich sein, gesellschaftliche Erwartungen erfüllen zu können und trotzdem wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Dazu sollen die Gemeinwohlleistungen der Landwirte angemessen honoriert werden. Klimaschutzmaßnahmen müssen – angelehnt an die CO₂-Bepreisung – einkommenswirksam sein.

Dies gilt insbesondere mit Blick auf die aktuelle Diskussion zum Schutz der Moore als wichtige CO₂-Speicher. Wir setzen uns dafür ein, dass hierfür zunächst aktuelle Kartierungen der noch vorhandenen Moorflächen erstellt werden, um willkürliche Schutzauflagen zu verhindern. Maßnahmen zum Schutz und zur Wiedervernässung von Mooren dürfen nur im Einvernehmen mit den wirtschaftenden Landwirten und nicht zu ihren Lasten erfolgen.

Einen fairen Ausgleich erwarten wir auch für die landwirtschaftlichen Betriebe, die durch den Schutz der Gänsepopulationen von erheblichem Flächenfraß betroffen sind. Hier fordern wir ein zielgenaueres und damit gerechteres System der Ausgleichszahlungen.

Der Grundwasserschutz hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Denn nur dadurch erhalten wir dauerhaft auch unser sauberes Trinkwasser. Dass der Eintrag von Nitrat und Phosphat deutlich reduziert wurde, war notwendig und ist richtig. Einschränkungen in der Bewirtschaftung von Flächen müssen jedoch immer begründbar sein. Grünland verwertet Nitrat deutlich besser als Ackerland. Daher ist eine differenziertere Betrachtung erforderlich. Und Auflagen müssen flächenscharf und nicht pauschal erfolgen. Nur dort, wo Flächen überdüngt wurden, muss eingegriffen werden.

Interessenkonflikte beim Flächenverbrauch zwischen Wohnraumgewinnung, Gewerbeansiedlung, Straßenbau, Energiegewinnung und Naturschutz müssen auch unter dem Aspekt der ernährungswirtschaftlichen Versorgungssicherheit für die Bevölkerung betrachtet werden.

Ostfriesland als Wolfs-freie Zone.

Unsere Schafhalter leisten mit ihren Herden an und auf den Deichen einen unschätzbaren Dienst für den Küsten- und Hochwasserschutz. Ohne die Weidetierhaltung auf den Deichen verlören unsere Deiche an Festigkeit. Die Herden müssen daher vor Wolfsrissen geschützt werden. Und auch Herden der Weidetierhalter im Binnenland verdienen diesen Schutz. Daher fordern wir, dass die sturmflut- und hochwassergefährdeten Küstenregionen zu Wolfsfreien Zonen erklärt und Wölfe hier grundsätzlich entnommen werden dürfen.

Außerdem setzen wir uns weiterhin für eine Obergrenze für die Wolfspopulation und die Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht unter Berücksichtigung des Schutzstatus ein. Dieser sollte regelmäßig überprüft werden.

Umweltschutz und Energiewende made in Ostfriesland

Neue Energie für Klima und Wirtschaft in Ostfriesland

Unser Ökosystem zu schützen und die Erde für nachfolgende Generationen zu bewahren, ist eine der komplexesten und wichtigsten Aufgaben der Politik auf allen Ebenen, der sich auch die CDU Ostfriesland verpflichtet fühlt. Unser Ziel im Rahmen des Klimaschutzes ist es, unseren regionalen Beitrag dafür zu leisten, die Geschwindigkeit und die Auswirkungen der Erderwärmung stark zu reduzieren. Die Lösung ist ein reduzierter Ausstoß von Treibhausgasen,

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland
zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



insbesondere durch den Einsatz regenerativen Energien. Die Bewältigung der Folgen der globalen Erderwärmung und die Notwendigkeit einer drastischen CO₂-Reduktion werden auch für Ostfriesland erhebliche Veränderungen mit sich bringen. Nach Industrialisierung und Digitalisierung wird die Frage der Dekarbonisierung unserer Industrie, Wirtschaft und Infrastruktur über unsere Zukunftsfähigkeit entschieden: In allen relevanten Sektoren wie Mobilität, Wohnen, Energie und Produktion muss der Ausstoß klimaschädlicher Emissionen verringert werden.

Dieser Transformationsprozess kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich und sozialverträglich vollzogen werden. Wir setzen dabei auf Anreize und Innovationen statt auf Verbote und Auflagen. Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, werden wir in Deutschland und Europa auch neue Wege gehen und neue Technologien ohne ideologische Scheuklappen erforschen und einsetzen müssen.

Ostfrieslands Potentiale für die Energiewende nutzen

Wir werden die intelligente Energiesteuerung im Haus gezielt fördern, da hier großes Potential für die Reduktion klimaschädlicher Emissionen liegt. In Zusammenarbeit mit den privaten und kommunalen Energieversorgern werden wir hier eine niedersächsische Offensive starten. Die Regionen Ostfriesland und Oldenburg haben mit marktführenden Unternehmen, der Hochschule Emden-Leer und dem OFFIS-Institut besondere Kompetenzen, die wir konsequent nutzen wollen.

Die Moore – als natürlich Senken für die CO₂-Entfernung – sind von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz: Wir wollen einen Rückbaufonds mit den torfabbauenden Unternehmen organisieren, der die Wiedervernässung der Moore effektiv fördert.

Um den Wegfall konventioneller Energiegewinnung auszugleichen und damit in ausreichendem Maße Erneuerbare Energien auch für die Produktion von grünem Wasserstoff zur Verfügung steht muss auch in unserer Region die Windenergiegewinnung, onshore wie offshore, weiter ausgebaut werden. Um die Belastung für die Wohnbevölkerung dabei zu begrenzen fordern wir daher einerseits feste Abstandsregelungen zu Siedlungsstrukturen, die deutlich über die jetzigen Regelungen des Immissionsschutzrechtes hinausgehen und andererseits eine Öffnung des Bundesnaturschutzgesetzes, damit zukünftig Klimaschutzmaßnahmen wie der Bau von Windrädern im Naturraum nicht mehr durch einen absoluten Artenschutz verhindert werden. Das schafft neue Möglichkeiten für den Ausbau der Windenergie und reduziert zugleich das Klagerisiko. Wir werden zudem Windräder mit einer Höhe zwischen 15 und 50 Metern Gesamthöhe dem vereinfachten Baugenehmigungsverfahren unterwerfen. Anlagen über 50 Metern Gesamthöhe sollen nicht mehr als raumbedeutsam gelten. Den Ausbau der Offshore-Windparks werden wir deutlich beschleunigen.

Der weitere Um- und Ausbau der Höchstspannungsnetze (220 und 380 kv) kann zeitgerecht unseres Erachtens nur gelingen, wenn er, soweit technisch möglich, in beschleunigten Genehmigungsverfahren und durch die Erdkabeltechnologie erfolgt. Auch hierfür fordern wir eine Öffnung des Bundesnaturschutzgesetzes. Grundstückseigentümer sind für die damit verbundenen Nutzungseinschränkungen durch Pachtzahlungen zu kompensieren. Wir setzen uns dafür ein, dass eine dezentrale Stromversorgung zur Normalität wird. Quartierlösungen mit Pufferspeichern, bidirektionales Laden von E-Fahrzeugen und günstiger Strom in Nebenzeiten erleichtern den Umstieg in ein klimafreundliches Zeitalter.

Wir wollen erreichen, dass zukünftig jedes neu errichtete oder Kernsanierte Haus mit einer Photovoltaik-Anlage (PV-Anlagen) ausgestattet wird. Um die Baukosten nicht weiter zu erhöhen, ist dafür ein verlässliches KfW-Förderprogramm erforderlich, welches die Mehrbelastung kompensiert und die Kreditfinanzierung der Bauherren nicht belastet.

Alle öffentlichen Gebäude der Kommunen, des Landes und des Bundes müssen, soweit die Statik es zulässt, mit einer PV-Anlage ausgestattet werden.

Der Einsatz von Flächen-PV-Anlagen kann zukünftig einen wichtigen Beitrag für eine klimaneutrale Energiewirtschaft liefern. Zugleich erhöht er die Wertschöpfung der Flächen. Ziel muss es sein, die Bewirtschaftung der Flächen dabei so wenig wie möglich einzuschränken und die bewirtschaftenden Betriebe an der Wertschöpfung zu beteiligen. Dafür wollen wir in Ostfriesland Modelle entwickeln.

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Im Zuge des Umbaus des Volkswagenwerkes und der zukünftigen Produktion von Elektroautos am Standort Emden wollen wir – unterstützt durch gezielte Wirtschaftsförderung – erreichen, dass ein hoher Anteil der Zulieferbetriebe und damit wesentliche Teile der Wertschöpfungskette regional angesiedelt wird. Die CDU Ostfriesland setzt sich zudem für die Ansiedlung einer Batteriezell-Fertigung am VW-Standort Emden ein. Die Bundesregierung fordern wir auf, dafür die notwendigen Förderbedingungen zu schaffen, um Standortnachteile im Vergleich mit osteuropäischen Förderstrukturen zu kompensieren.

Den Küstenschutz und den Hochwasserschutz mit Blick auf den Klimawandel weiter verbessern.

“Well nicht will dieken, de mut wieken.“ Dieses althergebrachte norddeutsche Spatenrecht gilt bis heute fort. Um die Bevölkerung vor den Gefahren von Sturmfluten und Hochwassern zu schützen, hat der Küsten- und Hochwasserschutz höchste Priorität. Mit Blick auf den zu erwartenden weiteren Anstieg der Meeresspiegel und die Zunahme von Starkregenereignissen fordern wir Bund und Land auf, die Erhöhung und Sicherung der Deichlinien konsequent voranzutreiben. Der Küstenschutz muss dabei Vorrang vor dem Natur- und Artenschutz haben.

Die Entwässerungssysteme müssen zudem weiter ertüchtigt und die technischen Anlagen (Siele, Schöpfwerke und Pumpen) weiter erneuert und verstärkt werden. Die Deichbände und die Wasser- und Bodenverbände brauchen dafür die verlässliche Förderung des Bundes und des Landes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz.

Ostfriesland kommt als Atommüll-Endlagerstandort nicht infrage.

Die Endlagerung von Atommüll ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Problem dürfe nicht auf nachfolgende Generationen verschoben werden. Am Ende des jetzigen Standort-Suchverfahrens muss es einen Standort in Deutschland geben. Dafür muss das sicherste Endlager gefunden werden. Dabei sprechen massive Sicherheitsbedenken gegen ein Endlager in Ostfriesland. Entscheidend ist dabei die Geologie. Durch den Abbau von Erdgasvorkommen in der Region und das Aussolen von Gaskavernen senkt sich in den betroffenen Regionen der Boden ab, die Geologie verändert sich. Zudem wird die Geologie durch Veränderungen der Küstenlinie über die Jahrtausende weiter beeinträchtigt. Das ist ein K.O.-Kriterium.

Hinzu kommen die Vorleistungen Ostfrieslands, um die Energieversorgung für Deutschland zu sichern. In der Region gibt es schon die Kavernenspeicher in Jemgum, Nüttermoor und Etzel. Dort wird ein Teil der deutschen Erdgasreserve und zukünftig auch Wasserstoff gespeichert. Eine gleichzeitige Einlagerung von Atommüll in benachbarten Salz- oder Tonformationen halten wir für nicht verantwortbar.

Ostfriesland kommt als Endlagerstandort daher nicht infrage. Es muss auch weiterhin ein transparentes Verfahren geben. Alle Schritte müssen nachvollziehbar sein. Dabei legen wir besonderen Wert auf eine echte Bürgerbeteiligung.

Keine neue niederländische Förderquelle von Erdgas vor Borkum

Keine weitere Erdgasförderung durch die Niederlande im Borkumer Einzugsgebiet. Ostfriesland und die Insel Borkum leisten bereits einen erheblichen Anteil an der Energiewende durch Offshore, Onshore, Trassenverlegung, Gaskavernen usw. Wir setzen uns dafür ein, dass die Region nicht durch die Neuschaffung der Förderquellen fossiler Brennstoffe weiter belastet wird.

Für eine leistungsfähige Infrastruktur

Moderne Mobilität und Infrastruktur für Ostfriesland

Mobilität ist und bleibt Voraussetzung für ein individuelles und selbstbestimmtes Leben. Es ist eine Frage der Lebensqualität. Denn die Entfernungen sind oft groß – zum Arbeitsplatz, zur Schule, zum Arzt oder zum nächsten Krankenhaus und zum ICE-Anschluss. Radfahren und zu Fuß gehen sind hier keine realistische Alternative. Zudem ist der ÖPNV schlecht ausgebaut oder kaum vorhanden. Wir wollen, dass auch die Menschen auch in Ostfriesland mobil bleiben können. Dafür bedarf es passender Mobilitätsangebote, die auch berücksichtigen, dass die Menschen in Ostfriesland auch weiterhin und auf absehbare Zeit auf das Auto angewiesen sein werden.

Viele Infrastrukturprojekte werden nicht oder nur verzögert gebaut, weil die notwendigen Planungen nicht fertiggestellt werden können. Daher fordern wir das Land auf, wieder in die Ausbildung von Planungsingenieuren und

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Bauingenieuren einzusteigen und die Ausbildungskapazitäten und Hochschulkapazitäten in diesem Bereich auszubauen und zu stärken – gerade auch an den Fachhochschulen.

Viele Bürgerinnen und Bürger kaufen sich derzeit ein E-Bike, mit dem deutlich längere Strecken mit etwas höheren Geschwindigkeiten zurückgelegt werden können. Diese Entwicklung wollen wir nutzen. Das E-Bike kann auch in Ostfriesland eine sinnvolle Ergänzung, auf kürzeren Strecken sogar eine Alternative zum Auto sein. Dazu muss die Infrastruktur entsprechend ausgebaut werden. Neben gut ausgebauten Radwegen – diese sind besonders an viel befahrenen Straßen notwendig – müssen die Ladeinfrastruktur und die Abstellanlagen und -möglichkeiten deutlich ausgebaut und verbessert werden. Nur wer bequem und sicher mit dem E-Bike oder dem normalen Fahrrad unterwegs sein kann, wird dieses Verkehrsmittel auch häufig nutzen.

Friesenbrücke bis 2024 fertigstellen – Wunderline realisieren

Wir unterstützen den Ausbau dieser 173 Kilometer langen Bahnstrecke (davon 124 Kilometer auf deutscher Seite) zwischen Groningen und Bremen. Ziel ist es, die Fahrzeit auf dieser internationalen Strecke von bislang zwei Stunden und 43 Minuten schrittweise bis 2030 auf knapp zwei Stunden zu reduzieren. Ostfriesland wird von diesem niederländisch-deutschen Gemeinschaftsprojekt „Wunderline“ profitieren, ein zweigleisiger Ausbau der Strecke zwischen Stickhausen/Velde und Augustfehn wird erfolgen, wodurch die Bahnfahrten von Ostfriesland nach Oldenburg kürzer und in die Niederlande ebenfalls attraktiver werden. Voraussetzung dafür ist die Fertigstellung der Friesenbrücke bei Weener bis 2024. Der Rückbau hat in 2021 begonnen, die Arbeiten für den Neubau - inkl. eines integrierten Fuß- und Radweges - werden in diesem Jahr beginnen. Die CDU auf Bundes- und auf Landesebene sowie vor Ort in Ostfriesland hat sich stets für den Neubau der Brücke eingesetzt. Dass die Fertigstellung des Lückenschlusses nunmehr in Sicht ist, ist auch auf dieses politische Engagement zurückzuführen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die zeitnahe Reaktivierung der Bahnhöfe in Bunde, Ihrhove und Neermoor ein.

ostfriesische Seehäfen weiter stärken

Für die Weiterentwicklung des Seehafens Emden ist die seit nunmehr 20 Jahren geforderte und geplante Vertiefung der Fahrrinne in der Außenems auf einer Strecke von rund 35 Kilometern von sehr großer Bedeutung. Sie muss an einigen Stellen um einen Meter vertieft werden. Es geht dabei um nicht weniger als um die langfristige Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Hafens, denn die auf Emden laufenden Seeschiffe werden immer größer und damit immer tiefer. Im Zusammenhang mit dem Masterplan Ems müssen die Planungen nun endlich zu einem positiven Ergebnis führen, damit tausende von Arbeitsplätzen für Bürgerinnen und Bürger aus fast ganz Ostfriesland dauerhaft in Emden gesichert werden können.

Wir begrüßen es ausdrücklich und danken der Spitze des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung mit den ihm zugeordneten Stellen, dass die Große Seeschleuse in Emden grundlegend saniert wird. Sie ist die Hauptzufahrt zum Emdener Binnenhafen. Voraussichtlich ab 2023 erfolgt die Sanierung im laufenden Betrieb mit rund 2.800 Schleusungen pro Jahr. Sie muss konsequent und zeitgerecht umgesetzt werden.

Der kommunale Seehafen Leer profitiert aktuell von der Unterstützung des Landes bei der Sanierung der Leda-Schleuse sowie durch die neue GRW-Förderkulisse zur Sanierung kommunaler Häfen. Die langjährige Belastung mit Emsschlick kann damit reduziert, entstandene Belastungen können gemildert werden, Zukunftsinvestitionen realisiert werden. Diese Unterstützung soll in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Schlicklast runter, Sauerstoffgehalt rauf: die Ems und ihre Nebengewässern und Häfen sanieren

Mit den im Masterplan Ems vereinbarten Maßnahmen soll insbesondere die Wasserqualität in der Ems verbessert werden. Wir unterstützen den vielversprechenden Ansatz der Wasserschiffahrtsverwaltung und des NLWKN, das Emssperrwerk gezielt einzusetzen, um den Flutstrom des Flusses abzubremsen. Ziel ist es, den Sauerstoffgehalt des Flusses zu erhöhen und die Schlicklast zu reduzieren. Die Interessen der Binnenschifffahrt sowie des Seehafens Emden und der Oberlieger des Sperrwerks müssen mit diesem Vorhaben in Einklang gebracht werden. Für die Räumung kleinerer kommunaler Häfen vom Schlick hat das Land zudem zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt. Der

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



NLWKN, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, die Wasserverbände sowie die Kommunen – mit dieser Unterstützung – können parallel eine Grundreinigung der Gewässer vom Schlick durchführen. Wir setzen uns für ein abgestimmtes Vorgehen aller Beteiligten ein, um die Schlicklast dauerhaft deutlich zu reduzieren.

Für eine zweite Eisenbahnklappbrücke in Emden

Über die Eisenbahnklappbrücke in Emden führt der gesamte Güterverkehr von und zum Emdener Hafen sowie von und zum VW-Werk. Darüber hinaus führt der gesamte Personenverkehr inkl. der vielen Urlaubsgäste zu den ostfriesischen Inseln Borkum, Juist, Norderney und Bahn über dieses Nadelöhr. Häufige Störungen haben dazu geführt, dass diese Brücke derzeit bis ins nächste Jahr hinein grundlegend saniert wird. Die dafür notwendige Sperrung für den darunter her erfolgenden Schiffsverkehr hat spürbare Auswirkungen vor allem auf die Freizeit- und Sportschifffahrt und damit auf die Attraktivität Emdens für Bootstouristen. Ein Ausfall dieser Brücke für den Bahnverkehr hätte weitreichende Folgen für den Güter- und Personenverkehr von und nach Ostfriesland. Deshalb fordern wir den Bau einer zweiten parallelen Klappbrücke, für die der die Bund technische und verkehrliche Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat.

B 210 n vollständig planen und realisieren

Der Bau dieser Bundesstraße ist für die Stadt Aurich und den mittelostfriesischen Raum von großer Bedeutung. Die Planungen für die Ortsumgehung um die Stadt Aurich als erstem Bauabschnitt sind weit vorangeschritten. Voraussichtlich in 2023 wird der Planfeststellungsantrag gestellt werden. Etwa zwei Jahre danach sollen die Planungen für den Zubringer zur A 31 bei Riepe (zweiter Bauabschnitt) abgeschlossen werden.

Als dritter Bauabschnitt ist die Trasse von Bangstede bis nach Uthwerdum vorgesehen. Dieser dritte Abschnitt ist nicht nur von immenser Bedeutung für die leichtere und schnellere Zufahrt zu den ostfriesischen Inseln Juist und Norderney, sondern auch zu den hochfrequentierten Badeorten entlang der Küste. Schließlich wird sie auch die Anbindung an die Zentralklinik in Uthwerdum verbessern. Wir danken der Niedersächsischen Landesstraßenbauverwaltung für die Planungsfortschritte und dem Förderverein Pro B 210 n für die begleitende Unterstützung des Vorhabens gegenüber der Politik. Und wir fordern vom Bund, die B 210 n konsequent weiter zu planen und zu realisieren.

Autobahn A 20 (Küstenautobahn) bauen

Mit der A 20 plant der Bund den Bau einer der wichtigsten Ost-West-Verbindungen im Norden Deutschlands. Sie soll als durchgängige Verbindung von Westerstede bis ins nördliche und östliche Europa fungieren und bei Bad Segeberg an die bereits fertige Autobahn anschließen. Für Ostfriesland ist diese Autobahn von großem wirtschaftlichen Nutzen und zwar vor allem für den nationalen und internationalen Warenverkehr sowie für den Tourismus. Für den ersten Bauabschnitt zwischen Westerstede und Jaderberg liegt der Planfeststellungsbeschluss vor. Sollten die anhängigen Klagen dagegen abgewiesen werden, kann schon bald mit dem Bau dieses Abschnittes begonnen werden. Wir unterstützen den Bau der Küstenautobahn mit Nachdruck und fordern auch von der neuen Bundesregierung, dass sie den Planungen und am Bau festhält.

Ledabrücke in Leer befahrbar halten

Die Ledabrücke im Zuge der B 70 bei Leer ist abgängig und bedarf eines Neubaus. Die Planungen der Landesstraßenbauverwaltung sind weit vorangeschritten. Noch in diesem Jahr ist mit dem Planfeststellungsbeschluss zu rechnen. Die Bauzeit wird rund drei Jahre betragen. Mit dem Baubeginn des parallel zu der derzeitigen Brücke verlaufenden Neubaus wird in 2023 gerechnet. Während der Bauzeit kann der Verkehr weiterhin auf der bestehenden alten Brücke verlaufen, allerdings mit einer Gewichtsbeschränkung für LKWs und Gespanne. Ohne diese Beschränkung würden die insbesondere von schweren Fahrzeugen ausgehenden Schwingungen zu einer beschleunigten Abnutzung der Brücke mit der Gefahr einer Vollsperrung führen, was aus Sicht der ostfriesischen CDU unbedingt vermieden werden muss. Die Nutzung der Brücke für den Kfz-Verkehr und den ÖPNV muss bis zur Fertigstellung der neuen Brücke sichergestellt werden.

Bahnanbindungen und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weiter ausbauen

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Die CDU Ostfriesland ist erfreut über die Anbindung der Region an das bundesweite ICE-Netz. Wenn auch nur samstags, so verfügt die Region aber seit einigen Monaten einmal die Woche über eine umsteigefreie Verbindung von Norddeich bis nach Stuttgart. Bei den IC-Verbindungen verfügt Ostfriesland seit Ende 2021 täglich über eine umsteigefreie Verbindung nach Frankfurt/Main. Auf der Bahnstrecke von Bremen über Oldenburg und Sande nach Esens wird die Zahl der Umstiege ab 2024 zumindest um den dann entfallenden Umstieg in Oldenburg verringert werden. Darüber hinaus muss die Bahnanbindung zu den Inseln Langeoog und Spiekeroog sowie zu den vorgelagerten Küstenbadeorten weiter attraktiviert werden. Dazu gehört auch eine Weiterführung der Gleise über Esens hinaus bis nach Bensenziel. An dieser Forderung werden wir auch künftig festhalten.

In einer Flächenregion wie Ostfriesland bedarf es eines flexiblen ÖPNV, der weniger auf schnelle Taktung und mehr auf bedarfsgerechten Einsatz ausgerichtet ist. Insbesondere halten wir es für sinnvoll, Bedarfsverkehre (On-Demand-Verkehre wie etwa Anruf-Sammeltaxis und Bürgerbusse) auszubauen und zu fördern. Dabei müssen auch digitale Potentiale für effizienteren Abläufe dieser Bedarfsverkehre geprüft werden. Zudem sollten Bahnhaltepunkte und Bahnstrecken, dort wo es sinnvoll ist, ausgebaut bzw. reaktiviert werden. Schnellbusse wie die Landesbuslinien, die die Unterzentren mit den Oberzentren verbinden, können dort, wo Reaktivierungen nicht möglich sind und keine Bahnstrecken vorhanden sind, Abhilfe schaffen. Darüber hinaus sehen wir Bedarf, eine bessere Erreichbarkeit der Bahnhöfe der Region mit dem ÖPNV zu gewährleisten.

Schnelllade-Infrastruktur für die Elektromobilität schnell ausbauen

Der Ausbau der Schnellladeinfrastruktur gewinnt in Deutschland deutlich an Fahrt. Dies gilt gerade auch für die besonders leistungsstarken Modelle unter den Strom-Tankstellen, den sogenannten High-Power-Chargern (HPC) mit einer Ladeleistung ab 150 kW und höher. Wir setzen uns für einen schnellen Ausbau dieser Lade-Infrastruktur auch in Ostfriesland ein. Dies ist nicht nur wichtig für Ostfriesen, die sich ein Elektroauto zulegen, es ist auch Voraussetzung dafür, dass wir für die Fahrer eines e-Autos ein attraktiver Tourismus- und Wirtschaftsstandort sind.

Auch für den Fahrradtourismus werden wir die Infrastruktur von öffentlicher Ladestationen insbesondere entlang der einschlägigen Routen daher weiter ausbauen und verbessern.

digitale Infrastruktur in Ostfriesland weiter ausbauen

Wir lassen nicht nach in unserem Bemühen, die ostfriesische Halbinsel vollständig mit leistungsfähiger Breitband- und Mobilfunk-Infrastruktur zu erschließen. Daher fordern wir, die landeseigene Mobilfunkförderung zur Beseitigung sogenannter „Grauer Flecken“ fortzuführen und auf die Beseitigung sogenannter „Weißer Flecken“ auszudehnen.

Unser Ziel der vollständigen Versorgung aller Haushalte, Gewerbegebiete und Firmen in Ostfriesland mit gigabitfähigem Internet setzen wir noch konsequenter um. Probleme im Bereich Planen und Bauen identifizieren wir zusammen mit den Aufgabenträgern vor Ort und erarbeiten gemeinsam im Dialog Lösungen.

Tourismus in Ostfriesland nachhaltig denken

Die Tourismusbranche ist auf der ostfriesischen Halbinsel einen der stärksten Wirtschaftsfaktoren. Der CDU Ostfriesland ist dies bewusst, und wir weisen zudem darauf hin, dass Tourismus bei uns stets im Verbund der Inseln, der Küste und des Binnenlandes verstanden werden muss. Die wirtschaftliche und soziale Existenz auf den Inseln hängt fast vollständig vom Tourismus ab.

Im Jahr 2020 und 2021 hat die Branche erheblich unter der Corona-Pandemie gelitten, auch wenn bei denen, die einen Urlaub buchten, ein Trend zum Inlandstourismus erkennbar war. Die Pandemie hat zudem die Urlaubsgewohnheiten der Deutschen und auch den weltweiten Tourismus stark verändert. Sollte sich die Corona-Lage weiter entspannen, ist auch wieder mit einem wachsenden Tourismus zu rechnen. Vor diesem Hintergrund ist also ein intensiver Wettbewerb der touristischen Regionen und Anbieter zu erwarten,

Es muss jetzt also allen beteiligten Akteuren in Ostfriesland - wie bspw. den Tourismusverbänden, Gastronomieverbänden, Kommunen, Wirtschaftsverbänden und der Politik- gelingen, die Basis für einen nachhaltigen und auf Inseln, Küste und das Binnenland abgestimmten Tourismus zu schaffen, der sich auch auf dem internationalen Markt

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



selbstbewusst behaupten kann. Der Begriff Nachhaltig ist dabei ganzheitlich zu sehen, der sowohl auf eine hohe Auslastung als auch auf Umwelt- und Klimafreundlichkeit - inklusive An- und Abreise – ausgerichtet ist.

Die CDU in Ostfriesland wird sich in der nächsten Landtagswahlperiode daher besonders für folgende Schwerpunkte einsetzen:

Die Erreichbarkeit der verschiedenen Urlaubsorte muss bei der Anreise, während der Urlaubszeit und auch digital noch attraktiver werden. Hierzu zählt neben der bereits beschriebenen weiteren Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des ÖPNV ein Radwegebauprogramm, zur weiteren Verbesserung des touristischen Radverkehrs.

Speziell auf den Inseln steht oftmals kein bezahlbarer Wohnraum für das Personal zur Verfügung. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Die Gewinnung von Fachkräften ist auch im Tourismus schwer. Berufsbildende Schulen und die Tourismus-Fachschule in Esens bilden hier schon eine exzellente Möglichkeit der Weiterbildung. Jedoch wird der Bedarf in Zukunft weiterwachsen. Die bestehenden Angebote müssen also noch weiter ausgebaut werden, damit Ostfriesland nicht nur im Tourismus selbst, sondern auch im Bereich der Aus- und Fortbildung eine Leuchtturm-Funktion einnimmt.

Ostfriesland ist wegen seiner Landschaft besonders reizvoll und anziehend. Das Weltnaturerbe Wattenmeer und die attraktive Landschaft im Binnenland mit Weite und Wallheckenlandschaften bedürfen daher unsere besondere Aufmerksamkeit. Direkt an der Nordsee gelegen und auf den Schutz durch Deiche sowie Siele angewiesen, ist Ostfriesland direkt vom Klimawandel betroffen. Wir müssen also im Bereich des nachhaltigen/klimafreundlichen Tourismus Standards setzen und die Vorreiterrolle einnehmen. Die CDU Ostfriesland setzt sich dafür ein, dass Ostfriesland Pilot-Region für CO²-neutralen Urlaub wird. Die Anreise per Wasserstoff angetriebener Bahn oder Fähre können hier zwei Beispiele sein – Ostfriesland hat durch die vorhandene Windenergie gute Voraussetzungen.

Es muss das Ziel sein, die ostfriesische Halbinsel nach außen gemeinsam zu vermarkten, um eine bessere Wahrnehmung beim Gast zu erzielen, und dabei die Identität der einzelnen Regionen innerhalb Ost-Frieslands nicht zu verwässern.

Es muss gelingen, neben der attraktiven Landschaft, auch die kulturellen Angebote Ostfrieslands, wie beispielsweise Museen, Kirchen, Denkmäler, Plätze, Gärten oder Parks weiter zu bewerben und zu vernetzen und ihren Erhalt sowie Ausbau durch Investitionszuschüsse zu unterstützen.

Fokus auf die Anliegen der ostfriesischen Inseln

Die auf den Inseln vorhandene Infrastruktur muss stets auch für Auslastungsspitzen in Urlaubszeiten ausreichen. Dieses gilt bspw. für die Kläranlage, die Müllentsorgung, das Straßennetz, die Verwaltung der Gemeinden oder auch die Feuerwehr. Hohe Kosten schlagen dann besonders in Zeiten außerhalb der Saison bei den kleinen Inselgemeinden zu Buche. Auch stellen die unterschiedlichen Zuständigkeiten bei Angelegenheiten der Inseln die Verwaltungen und Bürgermeister oftmals vor große Herausforderungen. Es gibt Fälle, in denen die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts) Eigentümerin eines Inselhafens, die Gemeinde Pächterin und das Wasser- und Schifffahrtsamt Emden (WSA) und damit das Bundesministerium für Verkehr (BMVI) für Ausbau und Unterhaltung sowie für die Ordnung und Sicherheit des Schiffsverkehrs auf der Seeschiffahrtsstraße zuständig ist. Der Deichverband ist für den Hochwasserschutz zuständig. Weiterhin ist der Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) für den Küstenschutz verantwortlich und damit liegt die Zuständigkeit hier beim Land Niedersachsen. Ein beim Land angesiedelter zentraler Ansprechpartner oder Vermittler zwischen den niedersächsischen Inseln und den entsprechenden Institutionen kann hier als Koordinator unterstützen. Aus Insel- und Landessicht wäre dann nur eine Stelle anstatt vieler unterschiedlicher Ansprechpartner zuständig. Die CDU Ostfriesland fordert die Einführung eines „Inselbeauftragten“ der Landesregierung.

Für mehr Wohnraum in Ostfriesland auch in Eigentum.

Auch in Ostfriesland gibt es einen starken Trend der Individualisierung: Nie haben mehr Menschen allein gelebt. Damit ist auch der Bedarf an Wohnungen stark gestiegen. Die Anforderungen an die Wohn- und Baupolitik werden immer komplexer, da sie auch Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigen muss: Es darf nicht zu viel Fläche versiegelt werden, um Natur und Artenvielfalt zu schützen.

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Das beste Mittel für mehr Wohnraum und auch bezahlbares Wohnen lautet: „Bauen, bauen, bauen“. Wir wollen dafür sorgen, dass mehr und schneller, höher und dichter sowie mit geringeren bürokratischen Hürden gebaut werden kann.

Forderung zur KfW-Förderung

Die Baupreise, auch in Ostfriesland, steigen stetig. Es wird für viele Menschen immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Und es ist bedrückend, dass es immer noch viele Menschen – darunter auch zahlreiche junge Familien – gibt, die sich ihren Traum vom Eigenheim nicht erfüllen können.

Bezahlbares Wohnen ist Daseinsvorsorge. Bis 2030 benötigen wir in Ostfriesland mehr als 2.000 neue Sozialwohnungen. Eine Landwohnungsbaugesellschaft im fernen Hannover kann diese Aufgabe nicht lösen. Stattdessen wollen wir unsere lokalen Strukturen mit privatwirtschaftlichen, aber auch kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften fördern und stärken.

Die Entscheidung von Bundeswirtschaftsminister Habeck, die KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren vorzeitig zu stoppen und nur teilweise wiederaufzunehmen, hat dem Wohnungsmarkt, vielen Familien und Bauherren sowie der Bauwirtschaft schweren Schaden zugefügt. Das war ein schwerer Vertrauensbruch. Die Fortsetzung lediglich des KfW-Sanierungsprogramms reicht nicht aus. Wir fördern insbesondere, das KfW-40-Programm, also die Förderung des Baus von Gebäuden, die lediglich 40 Prozent des Standard-Energieverbrauchs aufweisen, fortzusetzen. Dies fördert klimaschonendes Bauen und die Eigentumsbildung.

Wir werden die Möglichkeiten des Baulandmobilisierungsgesetzes des Bundes in Ostfriesland konsequent umsetzen. Das Land muss die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und bei der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützen und die Bodenbevorratung fördern sowie Vorkaufsrechte stärken.

Außerdem fordern wir, die niedersächsische Bauordnung und die Landesvorschriften zum Bauen zu überarbeiten. Vorgaben für Stellplätze, Fahrstühle und Geschosshöhen müssen geändert werden, so dass das Bauen günstiger wird und nur die essenziellen Vorgaben bestehen bleiben.

Zudem müssen endlich die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und sogenannte Umsetzungs-hemmnisse abgebaut werden. Ziel muss es sein, die Anzahl der Bauvorschriften signifikant zu verringern. Ein Bauantrag für Wohnimmobilien soll regulär zwei Monate nach vollständiger Vorlage aller notwendigen Unterlagen abschließend bearbeitet sein. Andernfalls sollte er grundsätzlich als genehmigt gelten, sofern er vollständig und ohne Mängel ist.

Neustart für die Kultur

Die Kulturbranche und -szene haben unter den Corona-Beschränkungen besonders stark gelitten, da das Begegnungs- und Kontaktverbot fast alle Kulturveranstaltungen betroffen hat. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir den gesellschaftlichen Stellenwert von Kultur neu definieren müssen.

Auch weiterhin sind Kulturschaffende von der pandemischen Entwicklung beeinträchtigt. Kultur braucht Publikum, denn: Ohne Menschen keine Kultur. Die erheblichen Ausfälle von Veranstaltungen haben nicht nur große wirtschaftliche Schäden verursacht, sondern haben auch viele Kunst- und Kulturschaffenden dazu gezwungen, ihre Tätigkeit auszusetzen oder zu beenden. In einer Studie des Landesmusikrats Niedersachsen zeigt sich, dass von 500 befragten Musikern 40 Prozent in der Pandemie ihre Selbstständigkeit komplett oder teilweise niederlegen mussten. Darunter auch jene, die einem ganz neuen Beruf nachgingen.

Der bürokratische Aufwand in der Kulturbranche und für die Kulturschaffenden ist hoch. Die Corona-Pandemie hat auch den verwaltungstechnischen Aufwand für die Ehrenamtlichen in der Kulturszene nicht einfacher gemacht. Im Gegenteil: Hygienekonzepte und die Beantragung von Fördermitteln bei Land oder Bund sorgen für einen erheblichen personellen Aufwand. Wir werden deshalb hier für die nötigen Erleichterungen und Flexibilisierungen sorgen – damit wieder mehr Zeit für die eigentliche Kulturarbeit bleibt.

Ostfriesland springt weiter.

Perspektivprogramm der CDU Ostfriesland
zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



Mit dem von der Großen Koalition im Niedersächsischen Landtag eingebrachten Kulturfördergesetz werden die Kulturförderung und Investitions- und Strukturhilfen verstetigt und damit verlässlich. Das begrüßen wir. Die Ostfriesische Landschaft leistet auch in diesem Bereich Herausragendes und muss dauerhaft vom Land mit der Aufgabe der Kulturförderung betraut und darin gestärkt werden.

Die plattdeutsche Sprache ist elementarer Bestandteil der ostfriesischen Kultur und Identität. Die Ziele der europäischen Sprachencharta sind uns Verpflichtung. Sie anerkennen das Plattdeutsche als eigenständige Sprache und fordern ihren Erhalt und ihre Pflege. Auch kommende Generationen sollen Plattdeutsch verstehen und sprechen. Darum werden der plattdeutschsprachige Unterricht an unseren Schulen und die plattdeutsche Pädagogik in unseren Kitas weiter ausgebaut. Die Ostfriesische Landschaft wird in ihrer Arbeit für den Erhalt der plattdeutschen Sprache – auch finanziell – dauerhaft und verlässlich unterstützt. Das System der Plattdeutschbeauftragten in den Verwaltungen bauen wir aus. Und wir sichern zu, dass in den Verwaltungen auch Plattdeutsch gesprochen werden kann.

Respekt für die ehrenamtlich engagierten Menschen

Ehrenamtliches Engagement ist das Band, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Ohne Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement wäre unser Zusammenleben ein anderes – ein schlechteres. Engagierte Freiwillige begegnen uns in allen Bereichen unseres Lebens: Im örtlichen Sportverein, dem Roten Kreuz, dem Technischen Hilfswerk, der Freiwilligen Feuerwehr, der Kommunalpolitik, der Flüchtlings- oder Nachbarschaftshilfe und unzähligen weiteren Formen. Die Corona-Pandemie hat uns noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt, wie wichtig die ehrenamtliche Arbeit in unserem Land ist, aber auch, wie sie sich – unter anderem durch die Corona-Pandemie – verändert hat. Wir wollen, dass sich auch weiterhin viele Ostfriesen engagieren.

Ein modernes und flexibles Ehrenamt muss Familie, Beruf und Engagement vereinbar machen. Wir werden Rahmenbedingungen dahingehend anpassen, dass zum Beispiel Elternzeitregelungen eingeführt werden. Hybride und rein digitale Sitzungen sollen Normalität sein. Auch die Freistellung durch Arbeitgeber, die Universität oder die Schule für ehrenamtliches Engagement werden wir weiter stärken.

Wir prüfen die Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Jahres in der oder direkt im Anschluss an die Schulzeit, um Schülerinnen und Schüler an Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement heranzuführen.

Freiwilligendienste leisten einen erheblichen zur Unterstützung des Ehrenamtes und sind zugleich oftmals der Einstieg in das ehrenamtliche Engagement. Wir werden sie weiterentwickeln und ausbauen.

Ehrenamt und Engagement werden wir als essenzielles Querschnittsthema benennen und als solches mit klaren Zuständigkeiten und Ansprechpersonen für unterschiedliche Themen in der Landesverwaltung verankern und die Ehrenamtsstrategie weiterentwickeln. Wir stellen den regelmäßigen Austausch zwischen Verwaltung und Akteuren sicher.

Wir sorgen dafür, dass die Förderung ehrenamtlicher Strukturen auch nach der Corona-Pandemie verlässlich bestehen bleibt.

Wir führen die Sanierungs- und Modernisierungsoffensive für Sportanlagen und Schwimmstätten fort.

Wir werden zusätzlich zum Sportunterricht im Rahmen des Ganztagsangebotes in der Grundschule eine Bewegungsstunde pro Woche nach Möglichkeit in der Kooperation mit Sportvereinen und -verbänden einführen und Bewegungsangebote schon in der KiTa weiter fördern.

Wir setzen uns auf Bundesebene für Erleichterungen in der Vereinsarbeit ein, um den vielen ehrenamtlich Tätigen vor Ort bestmögliche Voraussetzungen zu bieten.